



Schweizerische Belegärzte-Vereinigung  
Association Suisse des Médecins indépendants travaillant en Cliniques privées et Hôpitaux  
Associazione Svizzera dei Medici operanti in Cliniche private e Ospedali

*Vorab per E-Mail*

Herrn Bundesrat Alain Berset  
Eidgenössisches Departement  
des Innern EDI  
Generalsekretariat GS-EDI  
Inselgasse 1  
3003 Bern

Gümligen, 28. September 2017

## **Ambulante Versorgung nicht weiter gefährden**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die rund 3000 Belegärztinnen und Belegärzte, die in Privatkliniken aber auch in öffentlichen Spitälern tätig sind, leisten einen bedeutsamen Beitrag im schweizerischen Gesundheitswesen. Die Schweizerische Belegärzte-Vereinigung als einzige belegärztliche Organisation auf nationaler Ebene sieht sich als der Interessenvertreterin legitimiert, sich zu gesundheitspolitischen Themen wie diesem zu äussern:

Den Schweizer Belegärztinnen und Belegärzten und operativ tätigen Spezialisten liegt die schweizerische Gesundheitsversorgung sehr am Herzen. Wir engagieren uns in unserer Tätigkeit, namentlich in unseren Praxen für eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung unserer Patientinnen und Patienten. Die ambulante Versorgung sehen wir akut in Gefahr. Der Zugang zu Hausärzten hat in den letzten Jahren bereits in dramatischer Form gelitten.

Diese Entwicklung gilt es unbedingt zu stoppen. Sie widerspricht dem Willen des Souveräns. Immer wieder hat sich das Schweizervolk für die freie Arztwahl und gegen Rationierungen ausgesprochen. Und sie steht diametral zur medizinischen Entwicklung hin zu einer kostengünstigen und qualitativ hochstehenden ambulanten Versorgung.

Doch wie sieht die Realität aus? Mit den angekündigten zusätzlichen Regulierungen und Tarifeingriffen wird die Qualität der ambulanten Versorgung gefährdet. Die Massnahmen führen zu einer Konzentration des Angebots in den urbanen Zentren und gefährden die Versorgungssicherheit in der Peripherie, beispielsweise in der Kinderchirurgie und der Gynäkologie. Gleichzeitig ist der Nutzen der Massnahmen mehr als fraglich. Trotz Kahlschlag in der ambulanten Medizin steigen die Prämien – wie heute bekanntgegeben worden ist – insgesamt auch 2018 wieder massiv an.

Es ist ein Teufelskreis. Weil die Kantone nur bei stationären Leistungen mitbezahlen - und nicht bei der ambulanten Medizin -, schlägt der an sich wünschbare Trend hin zur ambulanten Medizin voll auf die Prämien durch. Es kann nicht sein, dass die einzige Antwort der Politik ein massiver Abbau in der ambulanten Medizin ist. Das ist widersinnig und kontraproduktiv!

Qualität, Verfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit der ambulanten Medizin dürfen nicht durch weitere politische Fehlentscheide gefährdet werden.

Nicht nur die Geduld der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler, sondern auch unsere Geduld ist begrenzt. Schweizer Belegärztinnen und Belegärzte sowie operative Spezialisten werden der mutwilligen Gefährdung der ambulanten medizinischen Versorgung in der Schweiz nicht tatenlos zusehen. Es braucht nun endlich grundsätzliche Reformen. Wir erwägen die Lancierung einer Volksinitiative zur einheitlichen und transparenten Finanzierung der Leistungen in der Grundversicherung. Kurzfristig ist von den kontraproduktiven und einseitigen Eingriffen ins System abzu-  
sehen.

Mit freundlichen Grüßen

**SCHWEIZERISCHE BELEGÄRZTE-VEREINIGUNG**

Der Präsident



Dr. med. C. Müller

Der Sekretär



Florian Wanner, lic. iur., Rechtsanwalt